

Rathaus - Korrespondenz

HERAUSGEGEBEN VOM MAGISTRAT DER STADT WIEN. MAGISTRATSDIREKTION - PRESSESTELLE

1, RATHAUS, 1. STOCK, TUR 309b, 1082 WIEN - TELEPHON: 42 801, KLAPPEN 2232, 2233, 2236

FÜR DEN INHALT VERANTWORTLICH: WILHELM ADAMETZ

Montag, 28. November 1966

Blatt 3509

Voranschlag der Bundeshauptstadt und der Stadtwerke für 1967 im Stadtsenat
=====

Gemeinsame Sitzung des Stadtsenates mit dem Finanzausschuß des Gemeinderates

28. November (RK) In der heute vormittag unter Vorsitz von Bürgermeister Bruno Marek abgehaltenen gemeinsamen Sitzung des Wiener Stadtsenates mit dem Finanzausschuß des Gemeinderates referierte der städtische Finanzreferent Vizebürgermeister Felix Slavik über den Voranschlag der Bundeshauptstadt Wien für das Jahr 1967 und Stadtrat Dr. Maria Schaumayer über den Wirtschaftsplan der Wiener Stadtwerke für das Jahr 1967.

Im Anschluß an diese Sitzung wurden die Einzelheiten des Budgets von den beiden genannten Referenten in einer Pressekonferenz im Concordia-Haus der Öffentlichkeit mitgeteilt.
(Siehe heutige "Rathaus-Korrespondenz" Blätter 3511 bis 3531)

Überprüfung von städtischen Gebühren durch den Wiener Gemeinderat

In der gleichen gemeinsamen Sitzung verwies der städtische Finanzreferent auf die Bestimmung der im November 1965 beschlossenen Novelle zur Wiener Stadtverfassung, wonach der Gemeinderat im Zusammenhang mit jedem neuen Voranschlag verpflichtet ist, zu prüfen, ob bei Abgaben oder sonstigen öffentlich-rechtlichen Geldleistungen Änderungen notwendig sind. Bei vielen Gebühren ist bekanntlich der derzeit bestehende Kostendeckungssatz derart gering, daß eine volle Kostendeckung in einer einzigen Nachziehetappe kaum erreichbar erscheint. Aus diesem Grund soll der Angleichungsprozeß in mehreren Etappen erfolgen.

./.

In einigen Fällen ist das Prinzip der Kostendeckung gesetzlich vorgeschrieben, so bei den Wassergebühren, den Kanalgebühren und bei der Müllabfuhrabgabe. Bei anderen Gebühren wieder wäre es angezeigt, eine Kostendeckung zu erreichen, während eine dritte Gruppe von Gebühren derart gering angesetzt ist, daß von einer vollen Kostendeckung niemals die Rede wird sein können. Vizebürgermeister Felix Slovík stellte hierauf den Antrag, den Magistrat zu beauftragen, die städtischen Gebühren zu überprüfen und Regulierungsvorschläge zu unterbreiten.

- - -

Gesperrt bis 13.30 Uhr!

Vorschau auf das Budget der Stadt Wien 1967

(Nähere Einzelheiten in der Einleitung zum gedruckten Voranschlag)

28. November (RK) Der städtische Finanzreferent, Vizebürgermeister Felix Slavik und der Amtsführende Stadtrat für die Städtischen Unternehmungen, Dr. Maria Schaumayer, legten heute im "Presseclub Concordia" den in- und ausländischen Journalisten den Voranschlag der Bundeshauptstadt Wien und die Wirtschaftspläne der Städtischen Unternehmungen für das Jahr 1967 vor.

Wie Vizebürgermeister Slavik einleitend feststellte, bereitete die Erstellung des Voranschlages für 1967 mehr Schwierigkeiten als die Aufstellung der Voranschläge der vergangenen Jahre. Vor allem die bereits teilweise zu erwartenden Mindereinnahmen infolge der im Parlament beschlossenen Wirtschaftsgesetze inklusive der sogenannten kleinen Einkommen- und Lohnsteuerreform, die zur Zeit der Verhandlungen noch schwer abschätzbar~~en~~ Erträge aus dem neuen Finanzausgleich, die bereits teilweise vorgenommene und nunmehr sogar beabsichtigte völlige Aufhebung der Selbstträgerschaft nach dem Kinderbeihilfen- und Familienlastenausgleichsgesetz stellten gewisse zusätzliche Unsicherheitsfaktoren bei der Budgetierung dar. Gleichzeitig mußte den zu erwartenden Mehrausgaben infolge der beschlossenen Bezugserhöhungen im öffentlichen Dienst, wegen der Einführung des neunten Schuljahres und aus dem stetig ansteigenden Defizit der städtischen Krankenanstalten Rechnung getragen werden.

Hoheitsverwaltung: Einnahmen 10.213 Millionen - Ausgaben 10.616 Millionen

Der Voranschlag der Hoheitsverwaltung (Verwaltungsgruppen I bis XI) für das Jahr 1967 rechnet mit Einnahmen von 10.213,767.300 Schilling (1966: 9.505,061.100 S) und mit Ausgaben von 10.616.601.400 Schilling (1966: 9.741,632.000 S). Es ist somit ein Abgang von 402,834.100 Schilling (1966: 236,570.900 S) zu erwarten.

Die Gesamteinnahmen weisen damit gegenüber dem Voranschlag 1966 eine Steigerung von 7,5 Prozent, die Gesamtausgaben von 9 Prozent auf. Der veranschlagte Abgang beträgt 3,8 Prozent (1966: 2,4 Prozent). Wird die durchlaufende Anlehens- und Darlehensgebarung auf der Einnahmen- wie auf der Ausgabenseite herausgenommen (504 Millionen), so ergeben sich Steigerungssätze von 10,8 beziehungsweise 12,4 Prozent (1966: 9,1 und 8,9 Prozent).

Die Gesamtsumme der Einnahmen setzt sich zusammen: Ertragsanteile an den gemeinschaftlichen Bundesabgaben 3.720,000.000 S (38,3 Prozent), Landes- und Gemeindeabgaben 1,826,450.100 S (18,8 Prozent), Verwaltungsabgaben, Gebrauchsgebühren, Gebühren für die Benützung städtischer Einrichtungen und Betriebsentgelte 1.122,122.000 (11,6 Prozent), verschiedene Einnahmen 2.181,437.300 S (22,5 Prozent), Wertdurchführungen (kassenmäßig unwirksam) 859,757.900 S (8,8 Prozent). Dazu kommen 500 Millionen Schilling als angenommener Erlös der Investitionsanleihen 1966 beziehungsweise 1967 und vier Millionen Schilling an Darlehen, die alle zur Weitergabe an die Wiener Stadtwerke bestimmt sind, um diesen außerordentliche Investitionen zu ermöglichen.

Die Gesamtsumme der Ausgaben setzt sich zusammen: Personalaufwand 3.023,528.500 (29,9 Prozent), Sachaufwand 3.818,376.100 S (37,8 Prozent), Investitionen 2.610,196.800 S (25,8 Prozent), Darlehen 660,500.000 S (6,5 Prozent). Auch auf der Ausgabenseite sind so wie bei den Einnahmen die bereits angeführten 500 Millionen der Investitionsanleihe sowie vier Millionen Schilling Darlehen, welche Beträge für die Stadtwerke bestimmt sind, eingesetzt.

Das Personal

Der Personalstand wird mit insgesamt 34.782 Bediensteten um 44 Personen höher sein als im Vorjahr.

Die Zahl der Pensionisten wird mit 17.479 um 329 höher sein als heuer.

Kultur, Volksbildung und Schulen

Die Ausgaben der Verwaltungsgruppe für Kultur, Volksbildung und Schulverwaltung werden mit 575,853.500 S (1966: 533,7 Millionen S) angenommen. Einige Details: Ausstellungen und Veranstaltungen 5,3 Millionen S, Ehrentypensionen und Zuwendungen 2,9 Millionen S, Studienförderung 2,8 Millionen S, Förderung von Wissenschaft, Kunst, Volksbildung und Sport 58,1 Millionen S, Wiener Festwochen 7,3 Millionen S, Fremdenverkehrsförderung 12,8 Millionen S, Förderungszuschüsse 7,6 Millionen S, Ehrungen und Ehrenpreise 1,1 Millionen S. Für Bauvorhaben sind 22,1 Millionen S veranschlagt; damit wird der Bau des Hauses der Begegnung, 21, Angerer Straße, fortgesetzt, die Erweiterung des Internationalen Studentenheimes in Döbling begonnen sowie der Umbau der ehemaligen Schule in Mauer in ein Volksbildungsheim und zur Unterbringung von Gästen geplant. Eine Million S wird für die Einrichtung des Hauses der Begegnung bereitgestellt.

Musiklehranstalten der Stadt Wien 15,5 Millionen S, Modeschule 3,5 Millionen S, Städtische Büchereien 25,3 Millionen S, davon sieben Millionen für bauliche Herstellungen. Mit einer Baurate von sieben Millionen S werden die Arbeiten am "Haus des Buches" in Angriff genommen. Landesbildstelle 3,3 Millionen S, im Rahmen der Denkmalpflege wird unter anderem die Errichtung eines Dr. Karl Renner-Denkmales und die stilgerechte Renovierung von Fassaden im Altstadtgebiet fortgesetzt. Die Abteilung Museen der Stadt Wien wird Instandsetzungsarbeiten am Geburtshaus von Franz Schubert in der Nußdorfer Straße mit 1,3 Millionen S weiterführen.

Körpersport 40 Millionen S, davon 3,5 Millionen für Förderungsbeiträge aus dem Sportgroschenertragnis und 30,3 Millionen für bauliche Herstellungen. Für Objekte, die von der Wiener Stadthalle-Stadion-Betriebs- und Produktions-Ges.mBH verwaltet werden, sind 15 Millionen S, für den Neubau beziehungsweise für Fortsetzungs- und Fertigstellungsarbeiten an Jugendsport- und Spielplätzen acht Millionen S, für den Umbau der Ausstellungshalle im Donaupark in eine Kunsteishalle sieben Millionen S und für Kleinkinder- und Ballspielplätze 0,2 Millionen S vorgesehen.

Der Gesamtaufwand der städtischen Schulen wird mit 352,5 Millionen S angenommen. Davon entfallen 130,2 Millionen S auf den Personalaufwand, 107,8 Millionen S auf den Sachaufwand und 114,5 Millionen S auf den Investitionsaufwand.

Zahl der Schulen und der Schüler im Schuljahr 1966/67, in Klammer der Vergleich zum Schuljahr 1965/66:

Schulen: Volksschulen 171 (169), Hauptschulen 100 (103), Sonderschulen 37 (37), Berufsschulen 37 (38), Polytechnischer Lehrgang 10 (0).

Schüler: Volksschüler 52.769 (50.278), Hauptschüler 25.518 (24.471), Sonderschüler 6.669 (6.195), Berufsschüler 23.310 (31.459), Schüler im neunten Schuljahr 2.994 (0).

Im Vergleich mit dem Vorjahr ist somit ein Ansteigen der Schülerzahl in den Volks-, Haupt- und Sonderschulen zu bemerken. Durch die erstmalige Führung der Polytechnischen Lehrgänge entfallen in den Berufsschulen die ersten Klassen. Dadurch erklärt sich die stark sinkende Zahl von Berufsschülern.

Für bauliche Herstellungen sind 275,5 Millionen S vorgesehen. Einige Details: Fortsetzung beziehungsweise Fertigstellung bereits begonnener Schulbauten, wie 8, Pfeilgasse, 10, Migerkastraße, 11, Enkplatz, 20, Adalbert Stifter-Straße, 21, Autokaderstraße, Roda-Roda-Gasse, Dunantgasse, 22, Anton Sattler-Gasse, Düsseldorfstraße, Wagramer Straße, 23, Mauer-Mangasse, und Mauer-Bendagasse.

Beginn neuer Schulbauten: 10, Per Albin Hansson-Siedlung, 11, Weißenböcksiedlung, 12, Marschallplatz, 19, Krottenbachstraße, 21, Großfeldsiedlung, 22, Quadenstraße, sowie Breitenleer Straße und 23, Altmannsdorfer Straße.

Wohlfahrtswesen

Die Verwaltungsgruppe für das Wohlfahrtswesen (ohne Lehrlings- und Altersheime) wird 670,6 Millionen (1966: 609 Millionen S) aufwenden. Der Bedarf an Säuglingswäschepaketen wurde nach der Geburtenstatistik mit 19.000 angenommen, wofür 5,5 Millionen S benötigt werden.

Einige Detailbeträge: Heime für Kinder und Jugendliche, in denen 2.451 Zöglinge untergebracht werden können, 111,1 Millionen S; Instandsetzungen 3,7 Millionen S; Neubauten 11,7 Millionen S, darunter der Umbau des Pavillons I im Zentralkinderheim, Umbau im Heim Lindenhof und Sanierung des Schultraktes im Heim Biedermansdorf.

Durch die Erhöhung der Verpflegskostensätze in den privaten Vertragsheimen und der Pflegegelder in den Pflegestellen der Bundesländer sowie durch die höhere Zahl der in Pflege der Stadt Wien befindlichen Kinder steigen die Ausgaben für das Pflegekinderwesen von 93,4 Millionen S im Jahr 1966 auf 106,9 Millionen S.

Mit einem Aufwand von 199,3 Millionen S werden 207 Kindertagesheime mit rund 20.000 Plätzen betrieben. Für die Erhaltung der bestehenden Heime sollen 7,5 Millionen S aufgewendet werden. Für bauliche Herstellungen werden 26,8 Millionen S zur Verfügung stehen, womit der Bau von zehn Kindertagesheimen weitergeführt wird, sechs Bauten neu begonnen und in fünf Heimen größere bauliche Veränderungen vorgenommen werden.

In der Erholungsfürsorge werden für die Unterbringung von 8.248 Kindern in Heimen und Tageserholungsstätten mit rund 248.000 Verpflegstagen 9,4 Millionen S verbraucht werden.

Der Aufwand der Erwachsenenfürsorge steigt weiter und wird 155,2 Millionen S erreichen. Diese Steigerung wird durch die laufende Verbesserung der Fürsorgeleistungen, durch die Inbetriebnahme von fünf neuen Pensionistenklubs und durch das vor kurzem in Kraft getretene Behindertengesetz verursacht.

Wohlfahrts- und Krankenanstalten

Die Wohlfahrts- und Krankenanstalten (ohne Heime für Kinder und Jugendliche) werden in den Verwaltungsgruppen IV und V geführt. Sie rechnen mit Ausgaben von 1.880,5 Millionen S (1966: 1.778 Millionen S). Werden davon die veranschlagten Einnahmen von 806,5 Millionen S abgerechnet und der Rest von 1.073,9 Millionen S um die auf den eigenen Fürsorgeverband entfallenen Pflegegebühren von 76,1 Millionen S erhöht, ergibt sich ein tatsächlicher Abgang von 1.150 Millionen S, der aus Steuermitteln getragen werden muß.

Details: Instandhaltung der Gebäude 40,5 Millionen S, Verbrauchsmaterialien, wie Brennstoff, Gas, Strom, Lebensmittel, Arzneien, Verbandstoffe, etc. 281,4 Millionen S. Im Aufwand für bauliche Herstellungen in Höhe von 219,7 Millionen sind unter anderem enthalten: der Umbau des Pavillons XI im Altersheim Lainz, die Errichtung eines Isotopen- und Zentrallaboratoriums im Krankenhaus

Lainz, Erweiterung des Wilhelminenspitals, Neubau eines Unfallchirurgischen Pavillons im Wilhelminenspital, Neubau der Krankenanstalt Rudolfsstiftung und eine weitere Rate für den Neubau des Allgemeinen Krankenhauses.

3,4 Milliarden für Bau- und Baunebengewerbe

Die Verwaltungsgruppe für Bauangelegenheiten hat auf der Ausgabenseite einen Betrag von 1.905 Millionen vorgesehen (1966: 1.690 Millionen S).

Werden die aus den einzelnen Verwaltungsgruppen für die Sicherung der Vollbeschäftigung im Baugewerbe und in den Baunebengewerben in Betracht kommenden Ansätze zusammengezählt, ergibt dies eine Summe von 3.407,110.000 S (1966: 3.222,403.000 S). Das entspricht einer Steigerung um 184,707.000 S. Damit erreichen die Ansätze 33,7 Prozent der Ausgaben.

1967: 11.500 neue Wohnungen

Mit den für den Wohnhausbau bereitgestellten Mitteln wird der Bau von 5.200 Gemeindewohnungen (einschließlich Montagebauweise) gesichert. Die veranschlagten Beträge für Darlehen nach dem Wohnbauförderungsgesetz 1954 in Höhe von 306,5 Millionen und für Zusatzdarlehen zum Bundes-Wohn- und Siedlungsfonds von 100 Millionen Schilling ermöglichen den Bau von 4.300 Wohnungen. Im Rahmen der Wiener Wohnbauaktion 1964 sind 2.000 Wohnungen vorgesehen. Das ergibt zusammen 11.500 neue Wohnungen.

Für laufende Instandhaltungsarbeiten und größere bauliche Herstellungen an städtischen Amtshäusern und Liegenschaften sind 69 Millionen S vorgesehen. Davon bemerkenswerte Vorhaben: Erneuerung der Kesselanlage im Rathaus 7,5 Millionen S; Neubau des Amtshauses, 4, Favoritenstraße 18, 7 Millionen S; Umbau der Amtshäuser, 5, Schönbrunner Straße 54, und 7 Hermannngasse 24, mit je 4 Millionen S; Errichtung einer Halle für die städtische Prüf- und Versuchsanstalt, 11, Rinnböckstraße mit 4 Millionen S.

Straßen und Brücken

Folgende wichtige Straßenbauten (172,5 Millionen S) sind vorgesehen: Lastenstraße von Linke Wienzeile bis Universitätsstraße, Matzleinsdorfer Platz-Gürtel, Quellenstraße von Favoritenstraße bis Triester Straße, Laxenburger Straße von Gudrunstraße bis Buchengasse.

Die Abteilung für Brücken- und Wasserbau (161,6 Millionen S) hat folgende Hauptaufgaben: Unterführung Lastenstraße mit Fußgängerpassage Mariahilfer Straße (Restzahlung), Gürtelausbau zwischen Flurschützstraße und Südtiroler Platz, Brücke über die Stadtbahn und den Wienfluß in Verlängerung des Margaretengürtels zur Linken Wienzeile, Liesingbachregulierung, Ausbau der Kaianlage im Hafen Freudenau.

Die Hauptarbeiten des Stadtgartenamtes (139,5 Millionen S): Neuanlagen und Ausgestaltungen in fast allen Bezirken, Neugestaltung der Grünanlagen Lastenstraße und Gürtel nach Durchführung der Straßenbauarbeiten, Fortsetzung der Grünanlagen am linken und rechten Donaukanalufer, Staubfreimachung von Spielplätzen und Wegen, Ballfanggitter und Einfriedungen.

Beleuchtung, Verkehrsregelung

Die Ausgaben der Verwaltungsgruppe Baubehördliche und sonstige technische Angelegenheiten steigen um 10,2 Millionen S auf 221,5 Millionen.

Die Instandhaltung und der Betrieb der Öffentlichen Beleuchtung wird 53 Millionen S erfordern, für den Neubau und Umbau der Beleuchtung sind 10 Millionen S vorgesehen, davon 5 Millionen S als vierte Rate des Fünf-Jahres-Programmes zur Verbesserung der Beleuchtung in den Hauptstraßen.

Für die baulichen Herstellungen in den Friedhöfen sind 12,5 Millionen S vorgesehen, im Programm steht die Feuerhalle Simmering sowie Um- und Zubauten verschiedener Aufbahrungshallen und die Ausgestaltung mehrerer Friedhofsobjekte.

Auch die Kosten für die Erhaltung der Anlagen für Verkehrsregelung und Verkehrsschutz steigen. Es sind für die Verkehrszeichen 2,8 Millionen S, für Verkehrslichtsignalanlagen 3,2 Millionen S veranschlagt.

Der Neubau solcher Anlagen, größtenteils durch Neu- und Umbauten von Straßen verursacht, erfordert 18,5 Millionen S.

Bei den Stadtforsten wird mit 0,5 Millionen S die Instandsetzung der Tiergartenmauer und mit 1,5 Millionen S die Wiederherstellung des Rasthauses "Zur Schießstätte" in Mauer fortgesetzt. 0,4 Millionen S werden für die Aufforstung auf dem Laaer Berg und im Bezirk Donaustadt verwendet.

Wasser, Stadtreinigung

Die Ausgaben der Verwaltungsgruppe VIII, Öffentliche Einrichtungen, werden 999,4 Millionen S betragen. Das bedeutet eine Steigerung um 32,7 Millionen S beziehungsweise um 3,4 Prozent.

Für die Erhaltung von Kanälen sind 16,9 Millionen S, für deren Neubau 36 Millionen S vorgesehen. Das aufwendigste Vorhaben: Kläranlage Inzersdorf-Blumental mit 15 Millionen S.

Bei den Wasserwerken entfallen von den Ausgaben in Höhe von 367,8 Millionen S auf die Instandhaltung der Wasserleitungsanlagen 59 Millionen S und auf deren Ausbau und Neubau 96,1 Millionen S. Weiter ausgebaut wird das Grundwasserwerk Lobau mit Transportleitungen, Rohrlegungen in der Großfeld- und Nordrandsiedlung sowie am Handelskai. 29 Millionen S sind für die Fassung und Ableitung der Sieben Quellen bestimmt. Der weitere Ausbau des Rohrnetzes wird 21 Millionen S erfordern, für die Anschaffung von Wassermessern sind 1,1 Millionen S veranschlagt.

Für die städtischen Bäder werden 99,1 Millionen S ausgegeben. Hauptprogrammpunkte: Fortsetzung des Baues des Floridsdorfer Hallenbades, Erneuerung der technischen Anlagen im Volksbad 12, Ratschkygasse, und im Jörgerbad.

Den städtischen Wäschereien stehen für die Fortsetzung des Neubaues einer Zentralwäscherei in der Nähe der Müllverbrennungsanlage Flötzersteig 23 Millionen S zur Verfügung. Weitere zwölf Millionen S sind für die maschinelle Einrichtung vorgesehen.

Die Gesamtausgaben für die Stadtreinigung und den Fuhrpark betragen 348,8 Millionen S. Bauliche Herstellungen sind unter anderem: eine Anlage zur Eisenabscheidung bei der ersten Müllverbrennungsanlage und die Errichtung von Bedürfnisanstalten.

Bei der Kehrichtabfuhr sollen 12.000 Rundtonnen und 1.000 Großraumbehälter angeschafft werden. Zur Erneuerung des Fuhrparkes stehen 11,8 Millionen S zur Verfügung, womit unter anderm acht Müllwagen, eine Kehrmaschine, ein Kanalspülwagen, ein Schulautobus angekauft werden.

Der Gesamtaufwand für die Verwaltungsgruppe IX, Wohnungs-, Siedlungs- und Kleingartenwesen beträgt 512,7 Millionen S. Allein auf die Verwaltung der städtischen Wohnhäuser entfallen 471,5 Millionen S. Der Erhaltungsaufwand steigt gegenüber 1966 um 12 Millionen S und erreicht somit eine Höhe von 110 Millionen S. Die Ausgaben für Steuern und Betriebskosten werden auf 183 Millionen S geschätzt. 3,6 Millionen S sind für den Ankauf von Waschmaschinen zur maschinellen Ausrüstung der Wohnhauswaschküchen vorgesehen. Im Programm dieser Geschäftsgruppe steht auch die weitere Modernisierung der Wäschereien und Badeanlagen. Mit dem Neubau eines Obdachlosenheimes in Wien 3, Gänsbachergasse, wird begonnen. Die Kredite für Siedler- und Kleingartenvereine und deren Verband wurden gegenüber heuer um 0,4 Millionen S auf 1,2 Millionen S erhöht.

Märkte, Feuerwehr

Die Ausgaben der Verwaltungsgruppe X, Wirtschaftsangelegenheiten betragen 208,9 Millionen S (1966: 186,1 Millionen S). Vorgesehen ist der weitere Austausch und die Neuanschaffung von Büromöbeln und Büromaschinen. Der Aufwand für die Reinigung steigt durch die Verwendung gemeindefremder Aushilfsarbeiter.

Die Märkte setzen mit einer Million die Planung eines Groß-Grünmarktes in Inzersdorf fort. Die Märkte werden auch weiter ausgebaut. Ebenso die Versorgungsanlagen in St. Marx. In der Tierkörperverwertungsanstalt wird eine Autowasch- und Desinfektionsanlage eingerichtet.

In der Verwaltungsgruppe XI, Allgemeine Verwaltungsangelegenheiten, wird mit 442,7 Millionen S an Ausgaben gerechnet, das ist um 41,7 Millionen S mehr als im Vorjahr. Die Steigerung geht vor allem auf die Erhöhung des Beitrages zu den Kosten der Bundespolizei gemäß des neuen Finanzausgleichs zurück. Der Mehraufwand hierfür beträgt 32,6 Millionen S.

Der Feuerwehr werden 143,2 Millionen S zur Verfügung gestellt, das sind um 12,7 Millionen S mehr als 1966. Vorgesehen sind vor allem bauliche Herstellungen, darunter die Fertigstellung der Feuerwachen Leopoldstadt und Liesing und der Beginn der Feuerwache Simmering. Die Zentralfeuerwache Am Hof erhält eine neue Zentralheizung. Bei diesem Gebäude ist auch an die Erneuerung der Barockfassade eines Stiegenaufganges gedacht. Unter den Inventaranschaffungen scheinen auch vier Tanklöschfahrzeuge auf.

Für Grunderwerbungen zur Erfüllung kommunaler Aufgaben werden so wie im Vorjahr wieder 150 Millionen S veranschlagt.

- - -

Gesperrt bis 13.30 Uhr!

Die Wiener Stadtwerke im Jahre 1967
=====

28. November (RK) Der Erstellung des Voranschlages 1967 gingen bekanntlich die sogenannten Sanierungsverhandlungen voran. Das Ergebnis dieser Verhandlungen beeinflusst sowohl die Aufwandsseite (private Autobusunternehmen, Trafiken, Österreichische Bundesbahn) wie auch die Ertragsseite der Verkehrsbetriebe. Auf der Aufwandsseite wird bei allen Teilunternehmungen die 1966 beschlossene Gehaltserhöhung voll wirksam, einschließlich der mit 1. Jänner 1967 fälligen 2,5 Prozent.

Die Hoheitsverwaltung übernimmt für 1967 und die beiden folgenden Jahre eine Kapitalaufstockung von je rund 400 Millionen Schilling. Hievon werden 150 Millionen Schilling als Bareinlage gegeben, der Rest als Sacheinlage. Im Jahre 1967 wird diese Sacheinlage in Form der Übertragung des Tunnelstückes Lastenstraße erfolgen. Dabei ist von der Hoheitsverwaltung die Vergütung des durch den Tunnel für die Verkehrsbetriebe erwachsenden Mehraufwandes bereits vereinbart. Die Kapitalaufstockung selbst wird im Erfolgsplan nicht wirksam, sondern erst in der Bilanz 1967 sichtbar werden.

Der Voranschlag der Wiener Stadtwerke für das Jahr 1967 weist bei einem Gesamtaufwand von 4.487,6 Millionen Schilling und einem Gesamtertrag von 4.367,6 Millionen Schilling einen Abgang von 120 Millionen Schilling aus. Das sind 2,7 Prozent des Gesamtaufwandes. Der Jahresverlust 1966 war mit 19,5 Millionen Schilling veranschlagt. Im Erfolgsplan 1966 war aber ein Zuschuß der Hoheitsverwaltung von 170 Millionen Schilling enthalten. In betrieblicher Sicht ist der präliminierte Verlust 1967 also geringer. Gegenüber 1965 - dieses Jahr schloß mit einem Abgang von 176,9 Millionen Schilling - weist das Präliminare 1967 ebenfalls eine Verbesserung auf.

Die Summe der Erträge der einzelnen Teilunternehmungen steigt gegenüber dem Voranschlag 1966 um 193,9 Millionen Schilling, oder 4,6 Prozent. Daran sind 1967 vor allem Elektrizitätswerke und Verkehrsbetriebe beteiligt, während bei den Gaswerken eher ein

Stagnieren der Ertragslage zu verzeichnen ist. Die Ertragsannahmen im Wirtschaftsplan 1966 waren durchwegs zu optimistisch angesetzt. Das läßt sich bereits feststellen, da auch Oktober und November keinen Ausgleich für die extrem milde Witterung des ersten Halbjahres brachten.

Von den für 1967 angenommenen Erträgen seien nur die Erzeugnis- und Leistungserlöse herausgegriffen und mit dem Ergebnis 1965 verglichen:

	Ansatz 1967	Ergebnis 1965	Prozent
Stromabgabe	1,859,800.000 S	1,650,899.288 S	+ 12,6 %
Gas, Koks, Teer	818,642.000 S	798,136.443 S	+ 2,5 %
Straßenbahn und Autobus	1.109,018.000 S	860,376.728 S	+ 29,0 %

Auch mit diesen Zahlen ist erhärtet, daß die Tarifierhöhung bei den Verkehrsbetrieben mit einem Durchschnitt von 37 Prozent richtig angegeben war. Der Frequenzabfall ist mit acht Prozent angenommen.

Die Aufwandsentwicklung gegenüber dem Voranschlag 1966 zeigt bei den Elektrizitätswerken einen Mehraufwand um rund 75,4 Millionen Schilling, bei den Gaswerken einen Minderaufwand von 0,3 Millionen Schilling, bei den Verkehrsbetrieben einen Mehraufwand von 201,9 Millionen Schilling und bei der Bestattung einen solchen von 17,4 Millionen Schilling. Der Mehraufwand beträgt gegenüber dem Voranschlag 1966 insgesamt 294,4 Millionen Schilling, das entspricht einer Aufwandssteigerung um sieben Prozent. Der Mehraufwand von 201,9 Millionen Schilling bei den Verkehrsbetrieben verdient eine Erklärung, da er nicht ausschließlich aus Preis- und Lohnsteigerungen resultiert. So ist darauf hinzuweisen, daß den Österreichischen Bundesbahnen aus der Wiener Tarifierhöhung Mehreinnahmen von rund fünf Millionen Schilling für den Gemeinschaftstarif zufallen. Weiters äußert sich die Vereinbarung der Verkehrsbetriebe mit den privaten Autobusunternehmen in einem Mehraufwand von etwa sechs Millionen Schilling. Auch die Beförderungssteuer steigt auf Grund der neuen Tarife um etwa vier Millionen Schilling. Schließlich bedeutet auch die neue

Tunnelstrecke Lastenstraße einen Mehraufwand von geschätzt 8 Millionen Schilling für die Verkehrsbetriebe. Wenngleich ich hinzufügen muß, daß die Hoheitsverwaltung diesen Mehraufwand analog der Schneeräumregelung vergüten wird. Die Zinsen der Investitionsanleihen bringen den Verkehrsbetrieben einen Mehraufwand von rund 10 Millionen Schilling. Und schließlich ist die Summe der Personalkosten (einschließlich Pensionisten) trotz sinkenden Personalstandes 1967 um rund 100 Millionen Schilling höher als 1966 präliminiert.

Die erfolgswirksamen Subventionen der Elektrizitätswerke werden 110 Millionen Schilling, jene der Gaswerke 55 Millionen Schilling zugunsten der Verkehrsbetriebe betragen. Weiters nimmt die Hoheitsverwaltung eine Kapitalaufstockung bei den Verkehrsbetrieben in der Höhe von 150 Millionen Schilling vor, die - wie schon gesagt - im Erfolgsplan nicht wirksam ist. 1966 waren Subventionen der Teilunternehmungen in der Höhe von 160 Millionen Schilling, ein erfolgswirksamer Zuschuß der Hoheitsverwaltung von 170 Millionen Schilling und ein Darlehen der Bestattung für die Verkehrsbetriebe von 6 Millionen Schilling vorgesehen.

Durch die im Erfolgsplan ausgewiesenen Subventionen verteilt sich der Abgang auf die vier Teilunternehmungen wie folgt: Die Elektrizitätswerke veranschlagen einen Gewinn von 252,8 Millionen Schilling, die Gaswerke einen solchen von 5,9 Millionen Schilling, die Bestattung einen Gewinn von 183.000 Schilling, während die Verkehrsbetriebe einen Verlust von 378,9 Millionen Schilling ausweisen.

Der echte Betriebsverlust der Verkehrsbetriebe ist 1967 mit 543,9 Millionen Schilling präliminiert. Im Jahre 1966 beträgt die Annahme 584,5 Millionen Schilling, allerdings wird diese Ziffer durch die letzte Gehaltsregulierung, durch Preiserhöhungen und geringere Fahrgastziffern eine tatsächliche Verschlechterung um etwa 80 Millionen Schilling erfahren. Der echte betriebliche Verlust der Verkehrsbetriebe im Jahre 1965 betrug 575,2 Millionen Schilling. Es erscheint daher die Annahme gerechtfertigt, daß durch die Tarifregulierung und Rationalisierung eine Stabilisierung des Defizits etwa auf der Höhe des Jahres 1965 erreicht werden kann.

Auch zur Erfolgslage der Gaswerke noch einige Bemerkungen: Die letzte materielle Erhöhung des Wärmepreises für Haushalts- und Gewerbegas erfolgte mit 1. August 1951. Am 1. April 1958 erfolgte zwar mit Genehmigung der Preisbehörde eine formale Anhebung des Kubikmeterpreises für Gas um rund acht Prozent. Gleichzeitig wurde jedoch eine Heizwerterhöhung um etwa zehn Prozent durchgeführt, so daß damals der Preis für die Wärmeinheit, auf die es ja ankommt, tatsächlich gesenkt wurde.

In den 15 Jahren seit 1951 gab es trotz Personaleinsparung natürlich namhafte Kostenerhöhungen, während die Nebenprodukte Koks, Teer und Benzol Preiseinbußen zu verzeichnen hatten.

Auch der Nachholbedarf auf dem Rohrnetzsektor ist inzwischen kritisch geworden: Fast ein Fünftel der in Betrieb befindlichen Rohrstränge ist über 45 Jahre alt. Dieser Umstand führt bekanntlich wieder dazu, daß die Gaswerke immer wieder gezwungen sind, Heizgasanträge abzulehnen, damit an kalten Wintertagen der Gasdruck nicht unter das zulässige Ausmaß sinkt.

Als Ergebnis der Sanierungsverhandlungen stellte daher die Direktion der Wiener Gaswerke an die Preisbehörde den Antrag auf Wiedereinführung einer Grundgebühr und auf Umstellung der Gasverrechnung von Kubikmeter auf Megacal, wobei aus abrechnungstechnischen Gründen mit einem Megacal-Preis ohne Dezimalstellen operiert werden soll. Diese Megacal-Verrechnung hat aktuelle Bedeutung, da die Gaswerke in Kürze im Raume Süßenbrunn mit der Direktlieferung von Erdgas beginnen werden.

Über die Zweckmäßigkeit einer Megacal-Verrechnung gab es Diskussionen. Der Standpunkt erscheint jedoch berechtigt, daß eine Verrechnung nach dem Heizwert den Kunden die Vergleichbarkeit der Wärmepreise für die einzelnen Energiearten - Stadtgas, Erdgas, Öl, Kohle, Flüssiggas, Strom - erleichtert. Darüber hinaus bietet eine Megacal-Verrechnung den Gaswerken auch den Vorteil des einfacheren Betriebsvergleiches.

Produktions- und Leistungsannahmen:

Die Wiener Elektrizitätswerke haben im Jahre 1965 2.407,7 Millionen Kilowattstunden elektrischer Energie abgegeben. Der voraussichtliche Stromverkauf im Jahre 1966 wird mit 2.510 Millionen Kilo-

wattstunden angenommen. Für 1967 wird der Stromverkauf mit rund 2.690 Millionen Kilowattstunden veranschlagt, das ist um rund 7,2 Prozent höher als im Erfolgsplan 1966. Eine eher optimistische Annahme. Von den 2.690 Millionen Kilowattstunden wurden 61,2 Prozent in den eigenen Dampf- beziehungsweise Wasserkraftwerken erzeugt. Die restlichen 38,8 Prozent müssen von der Verbundgesellschaft um den Betrag von 391 Millionen Schilling bezogen werden. Durch den Ausbau der eigenen Erzeugungsanlagen erfährt das Verhältnis Eigen-erzeugung zu Fremdstrombezug eine zeitweilige Verbesserung. Zur Illustration sei gesagt, daß die im Durchschnitt täglich bereitgestellte Strommenge von 8,403.000 Kilowatt fast dem Jahresstrombedarf von Kindberg oder Imst entspricht.

Gaswerke:

Der Gasverkauf betrug im Jahre 1965 727,6 Millionen Kubikmeter. Im Erfolgsplan 1966 waren 750,1 Millionen Kubikmeter präliminiert. Diese Schätzung war zu hoch angesetzt und dieses Präliminare wird für 1966 kaum erreicht werden. Für 1967 wird der Gasverkauf entsprechend dem langjährigen Temperaturmittel mit 774,4 Millionen Kubikmeter angenommen, das ist eine Steigerung von rund 6,3 Prozent gegenüber 1965:

Verkehrsbetriebe:

Für 1967 wird beim Einheitstarif die Beförderungsleistung mit 422,5 Millionen Fahrgästen, beim Autobus-Sondertarif mit 20,1 Millionen, zusammen also mit 442,6 Millionen Fahrgästen angenommen. Gegenüber dem Voranschlag für 1966 mit zusammen 468,4 Millionen und gegenüber dem Abschluß 1965 mit 463,9 Millionen Fahrgästen wird auch im Hinblick auf die ab 2. Jänner 1967 wirksam werdende Tarifregulierung mit einem zirka achtprozentigen Frequenzrückgang gerechnet. Für 1967 wird für den neuen Einheits-tarif mit einem Durchschnittserlös von 248 Groschen pro Fahrgast, beim Autobus-Sondertarif von 300,9 Groschen pro Fahrgast gerechnet.

Die Städtische Bestattung hat in ihrem Wirtschaftsplan 1967 die Ansätze für die voraussichtliche Zahl der Bestattungsfälle entsprechend der Normalsterblichkeit gegenüber den Ansätzen des Vorjahres fast unverändert mit 28.650 angenommen, davon sind 1.000 Fälle mittellos.

Der Personalstand der Wiener Stadtwerke:

Die Wiener Stadtwerke rechnen für das Jahr 1967 mit einem Stand von insgesamt 18.531 Bediensteten (inklusive 141 kaufmännischer Lehrlinge). Auf die Elektrizitätswerke entfallen davon 3.896, auf die Gaswerke 2.099, auf die Verkehrsbetriebe 11.973 und auf die Bestattung 563 Bedienstete (inklusive fallweise Beschäftigter). Gegenüber den Ansätzen für das Jahr 1966 ergibt sich eine Verminderung des Personalstandes um 393 Bedienstete. In einzelnen weisen die Personalstände der Elektrizitätswerke eine Abnahme um 140, die der Gaswerke eine Abnahme um 93, die der Verkehrsbetriebe eine Abnahme um 169 und die der Bestattung eine Zunahme um 9 Bedienstete auf. Im Präliminare 1967 wurden die sogenannten Personal-Sollstände weitgehend den Istständen angepaßt.

Bei den Pensionsparteien wird eine Abnahme um 407 Pensionsparteien, nämlich von 18.670 auf 18.263 angenommen.

Auf 100 aktive Bedienstete kommen bei den Gaswerken bereits 118 Pensionsparteien und bei den Verkehrsbetrieben 114 Pensionsparteien. Der Gesamtstand an Aktiven und Pensionisten wird im Jahre 1967 36.794 gegenüber 37.594 im Jahre 1966 betragen, also um 800 geringer sein. Der tatsächliche Stand der Aktiven zum 31. Oktober 1966 betrug 17.421 Bedienstete (inklusive kaufmännischer Lehrlinge). Daraus ist zu ersehen, daß gegenüber dem Sollstand den Stadtwerken noch immer rund 1.370 Bedienstete fehlen. Den Verkehrsbetrieben allein fehlen auf den Sollstand 1.037 Bedienstete, vorwiegend Fahrpersonal und Hilfsarbeiter.

Investitionsvolumen

Die Wiener Stadtwerke beabsichtigen, im Jahre 1967 Neuanschaffungen im Gesamtwert von 1.222 Millionen Schilling durchzuführen.

./.

Mangels Geldbedeckung sind jedoch davon 146,5 Millionen Schilling gesperrt, sodaß für Investitionen vorläufig rund 1.075,5 Millionen Schilling zur Verfügung stehen, das sind rund 88 Prozent der präliminierten Summe. Auch diese Investitionsrate wird aber nur dann gehalten werden können, wenn es gelingt, im Jahre 1967 Fremdkapital in der Höhe von rund 527 Millionen Schilling für die Wiener Stadtwerke aufzunehmen. Gegenüber 1966 erfährt das Investitionsvolumen eine Verminderung um rund 49,7 Millionen Schilling oder um 4,6 Prozent. Mit leiser Bitternis muß darauf hingewiesen werden, daß der Investitionsanteil der Hoheitsverwaltung sich um 1,4 Prozent verringert. Im einzelnen beträgt das nicht gesperrte Investitionserfordernis der Elektrizitätswerke 602,9 Millionen Schilling, das der Gaswerke 184,9 Millionen Schilling, das der Verkehrsbetriebe 270,8 Millionen Schilling und das der Bestattung 16,8 Millionen Schilling. Gegenüber dem Voranschlag 1966 ergibt sich bei den Elektrizitätswerken eine Verminderung um 3,7 Millionen Schilling, bei den Gaswerken eine Verminderung um 30,1 Millionen Schilling, bei den Verkehrsbetrieben eine Verminderung um 27,6 Millionen Schilling und bei der Bestattung eine Steigerung um 11,7 Millionen Schilling.

Investitionspläne der Teilunternehmungen:

Den Elektrizitätswerken stehen für 1967 vorläufig 602,9 Millionen Schilling für Investitionen zur Verfügung, die sich auf folgende Gruppen verteilen:

Im ordentlichen Investitionsprogramm: Ausbau der Kraftwerke Simmering und der Wasserkraftwerke 50,5 Millionen Schilling, Umspann- und Unterwerke 85,8 Millionen Schilling, Leitungsnetze 140,8 Millionen Schilling, Energieversorgung der Verkehrsbetriebe 11,5 Millionen Schilling, Ortsnetze 30,2 Millionen Schilling, Kundendienst und Zähler 28,1 Millionen Schilling, Sonstiges 12,9 Millionen Schilling.

Im außerordentlichen Investitionsprogramm sind für das bereits arbeitende Werk 4 noch Restzahlungen in der Höhe von 7 Millionen Schilling vorgesehen.

Für das Werk 5 sind 1967 120 Millionen Schilling vorgesehen und für das Werk 6 82 Millionen Schilling eingeplant. Für den Bau einer Pipeline Österreichische Mineralölverwaltung - Schwechat - Dampfkraftwerk Simmering sind 13 Millionen Schilling präliminiert.

An interessanteren Details aus den Investitionsplänen der Elektrizitätswerke wären zu erwähnen: Die Generalüberholung des Werkes 1, wofür 1967 insgesamt 13,9 Millionen Schilling vorgesehen sind. Für den Umbau der Schaltanlage 4 und 5 Kilovolt auf 10 Kilovolt einschließlich des Umbaus der Netzwerke im Dampfkraftwerk Simmering sind 4 Millionen Schilling präliminiert.

Entsprechend dem nach wie vor steigenden Stromverbrauch wird auch im Jahre 1967 der Bau von Umspann- und Unterwerken in forciertem Tempo fortgesetzt. So sind für die Fertigstellung des Umspannwerkes Gaudenzdorf 3,9 Millionen Schilling, für die Weiterführung des Umspannwerkes K-iserebersdorf 25 Millionen Schilling, für die Erweiterung des Umspannwerkes Michelbeuern 7,1 Millionen Schilling und für die Errichtung einer 110 Kilovolt Schaltanlage in Michelbeuern 7,2 Millionen Schilling vorgesehen. Für die Weiterführung des Umspannwerkes Währing sind 6,7 Millionen S, für den Ausbau des Umspannwerkes Klosterneuburg 4 Millionen S, für den Umbau der 5 Kilovolt Schaltanlage auf 10 Kilovolt im Umspannwerk Leopoldstadt sind 6,5 Millionen S präliminiert.

Bei den Leitungsnetzen wird eine Sperre von 56,7 Millionen S oder 29 Prozent als besonders drückend empfunden.

Gaswerke:

Die Gaswerke planen für 1967 Investitionen in Höhe von insgesamt 231,4 Millionen S, wovon allerdings 46,5 Millionen S vorderhand gesperrt sind. Die freien Beträge von 184,9 Millionen S verteilen sich auf folgende Gruppen:

Im ordentlichen Investitionsprogramm: 9,7 Millionen S für das Werk Simmering, 26,2 Millionen S für das Werk Leopoldau, 53,3 Millionen S für das Straßenrohrnetz, für Gaszähler 20,9 Millionen S und für Betriebsgeräte und Einrichtungsgegenstände 2,3 Millionen S.

Im außerordentlichen Investitionsprogramm sind 1967 54 Millionen Schilling für die Errichtung von CO-Konvertierungsanlagen zu bestehenden Erdgas-Wasserdampf-Spaltanlagen, einschließlich Gasbehältern, Luft-Methan-Spaltanlagen mit CO-Konvertierung und sonstige notwendige Nebeneinrichtungen in beiden Werken veranschlagt. Für die Fertigstellung der Erweiterung des Kesselhauses und die Aufstellung neuer Dampfkessel für die Gaserzeugung und Gasförderung mit dazugehörigen Notstrom-Aggregaten sind in beiden Werken 1967 noch 5 Millionen Schilling vorgesehen. Für die Anschaffung von Stadtgebläsen mit Gasturbinenantrieb im Werk Leopoldau werden 8 Millionen Schilling präliminiert. Für die Anschaffung und Aufstellung eines Gasgebläses im Werk Simmering sind 5,5 Millionen Schilling vorgesehen.

Beim Straßenrohrnetz beweist eine Sperre von 43 Millionen Schilling oder 45 Prozent, daß die Gaswerke in einen echten Liquiditätsengpaß geraten sind. Auch die Ertragslage erfuhr eine laufende Verschlechterung.

Verkehrsbetriebe:

Die Verkehrsbetriebe planen für 1967 Investitionen mit einem Gelderfordernis in Höhe von 290,2 Millionen Schilling, wovon 19,4 Millionen Schilling gesperrt sind, sodaß nur ~~20,8~~ 270,8 Millionen Schilling frei zur Verfügung stehen. Von diesem Betrag entfallen 53,7 Millionen Schilling auf substanzerhaltende und verkehrsverbessernde Investitionen und 217,1 Millionen Schilling auf außerordentliche Investitionen. Unter diesen außerordentlichen Investitionen sind durch das Stadtbauamt verursachte Umbauten mit 46 Millionen Schilling veranschlagt. Zirka die Hälfte dieses Betrages wird den Verkehrsbetrieben allerdings wieder von der Magistratsabteilung 28 rückvergütet. Unterfahrung Matzleinsdorf ist hier die größte Aufwandspost.

Schwerpunkt des Investitionsprogrammes für 1967 bildet wieder der Ersatz für auszuscheidende überalterte Straßenbahnwagen mit einem Aufwand von 96 Millionen Schilling, wovon allerdings auch 4,1 Millionen Schilling unter Sperre liegen.

Weiters sollen für 30 Millionen Schilling Autobusse angeschafft werden. Im Hochbausektor bildet die Fortsetzung des Baues der Zentralwerkstätte, wofür 35 Millionen Schilling vorgesehen sind, 5 Millionen Schilling allerdings davon gesperrt, einen wesentlichen Teil der gesamten Investitionstätigkeit.

Mit den automatischen Fahrscheinentwertern wird es 1967 wirklich ernst, da diese Anschaffungen einen Bestandteil der notwendigen personalsparenden Rationalisierung darstellt.

Bestattung:

Die Bestattung plant Investitionen in einer Gesamthöhe von rund 16,8 Millionen S. Davon entfallen 2,7 Millionen S auf die Ausgestaltung von Friedhofs-Aufbahrungshallen und die Wiedererichtung der Aufbahrungseinrichtungen in der Halle II des Zentralfriedhofes. Ein Betrag von 11 Millionen S ist für den Erwerb und den Ausbau eines neuen Sargerzeugungsbetriebes vorgesehen. Der restliche Betrag betrifft die Anschaffung von Totentransportfahrzeugen und verschiedene sonstige kleinere Investitionen.

Anleihedienstplan:

Geplant ist die Tilgung von Krediten in Höhe von insgesamt rund 405 Millionen S. 332,6 Millionen S entfallen davon allein auf die Verkehrsbetriebe! Für die Verkehrsbetriebe ist 1967 also als ein Jahr forciertes Tilgung anzusehen.

Der Finanzplan enthält unter anderem 150 Millionen Schilling als Kapitalaufstockung in barem durch die Gemeinde Wien. Dem Gelderfordernis in Höhe von 2.126,743.000 S steht eine Geldbedeckung von nur 1.453,245.000 S unter Einschluß der 150 Millionen S Kapitalaufstockung gegenüber. Das ungedeckte Gelderfordernis von 673,498.000 S wird durch Sperren im Investitionsplan in der Höhe von 146,5 Millionen S und durch Kreditaufnahmen in Höhe von 527 Millionen S abzudecken sein.

Zusammenfassung:

Zusammenfassend läßt sich feststellen, daß die Wiener Stadtwerke unbedingt darauf angewiesen sind, 1967 Fremdkapital von

527 Millionen S zu erhalten, um ihr Investitionsprogramm erfüllen zu können. Dieses Investitionsprogramm ist gegenüber 1966 leicht restringiert.

Bei den Verkehrsbetrieben erscheint die Hoffnung gerechtfertigt, daß eine Stabilisierung der Verlustlage eingeleitet ist. Die Gaswerke sind an der Verlustschwelle und bei den Elektrizitätswerken wirkt sich der Ausbau der eigenen Erzeugungsanlagen günstig auf die Ertragslage aus.

- - -

Infektionskrankheiten im Oktober

=====

28. November (RK) Das Gesundheitsamt der Stadt Wien bringt in seinem Tätigkeitsbericht über den Monat Oktober folgende Zahlen über die in Wien aufgetretenen anzeigepflichtigen Infektionskrankheiten: Scharlach 510, infektiöse Leberentzündung 63 (5 Todesfälle), Keuchkusten 47, bakterielle Lebensmittelvergiftung 5, Ruhr 3, Typhus 1, Paratyphus 1. Keine Erkrankungsfälle gab es bei Diphtherie, Kinderlähmung und Malaria.

Bei einer Gesamtzahl von 6.105 Besuchern betrug die Zahl der Neuuntersuchten in den Tbc-Fürsorgestellen 2.040. In 113 Fällen wurde eine aktive Tuberkulose festgestellt. In den Tbc-Fürsorgestellen wurden insgesamt 2.576 Röntgendurchleuchtungen, 536 Röntgenaufnahmen und 1.897 Hausbesuche gemacht.

Die Parteienfrequenz in der Beratungsstelle für Geschlechtskranke betrug 3.199. Von 582 im Wochendurchschnitt untersuchten Kontrollprostituierten waren 14, von 127 untersuchten Geheimprostituierten 31 venerisch infiziert. Aus ganz Wien wurden 176 Fälle frischer venerischer Erkrankungen gemeldet.

In den 53 Mutterberatungsstellen wurden an 304 Beratungstagen 8.038 ärztliche Beratungen durchgeführt. In 7 Schwangerenberatungsstellen der Gemeinde Wien wurden im Berichtsmonat 582 Frauen untersucht, davon erstmalig 213. Bei 93 Frauen wurden krankhafte Befunde erhoben, welche zu einer Störung der Schwangerschaft führen können.

In den Wiener Schulen wurden 20.633 Kinder untersucht, in den Kindergärten 1.293, in der Augenärztlichen Zentrale 911 und in der Ohrenärztlichen Zentrale 611.

Im Krebsreferat sind im Berichtsmonat 289 Personen, davon 96 Männer, untersucht worden. Dabei wurden sechs geschwulstverdächtige Befunde erhoben. 205 Personen wurden wegen anderweitiger Erkrankungen ihren behandelnden Ärzten zugewiesen. Davon waren 29 Erkrankungen, die erfahrungsgemäß unbehandelt in ein Krebsleiden übergehen können.

In der Sportärztlichen Untersuchungsstelle wurden 122 Sportler untersucht.

Auch weiterhin Schienenparkverbot in der Gumpendorfer Straße!

Zunächst freundliche Mahnung - dann Strafen

28. November (RK) Man mag darüber denken wie man will. Das Schienenparkverbot gilt in Wien, und es hat wesentlich zu einem flüssigeren Verkehr beigetragen. Auch die Schneeräumung in den Hauptverkehrsstraßen wäre heute ohne Schienenparkverbot längst unmöglich geworden. Das haben nicht zuletzt die Schneefälle der letzten Tage wieder bewiesen. Das Schienenparkverbot stellt aber auch die einfachste Lösung für die Erlassung eines allgemeinen Parkverbotes in den Wiener Hauptverkehrsstraßen dar. Wollte man die Verordnung aufheben, müßte der oft kritisierte "Schilderwald" beträchtlich aufgeforstet werden.

Das Schienenparkverbot ist also durchaus nicht unbedingt in einen Zusammenhang mit der Straßenbahn zu bringen. Es erfüllt seinen Zweck auch dort, wo keine Straßenbahn mehr fährt, die Schienen aber liegen bleiben. Besser gesagt, es erfüllt seinen Zweck dann, wenn sich die Autofahrer an das Verbot halten. Tun sie es nicht, dann kommt es zu großen Verkehrsschwierigkeiten, zum Beispiel in der Gumpendorfer Straße.

In dieser wichtigen Verkehrsader hat sich seit der Umstellung der Straßenbahnlinie 57 auf Autobus eingebürgert, das Parkverbot zu mißachten. Die Gumpendorfer Straße ist fast durchgehend verparkt. Die Folgen zeigen sich nicht nur für den fließenden Verkehr, sie wirken sich auch auf die Wirtschaft aus. Viele in der Gumpendorfer Straße angesiedelte Firmen haben Schwierigkeiten mit der Ladetätigkeit. Ladezonen aber können nicht verfügt werden, weil ja ohnehin das Parkverbot weiter gültig ist. So konnte zum Beispiel eine Firma eine Zeitschrift nicht zum Termin ausliefern, weil es ganz einfach nicht möglich war, das Papier für den Druck abzuladen. Der Schaden war beträchtlich. Es geht also nicht ohne Parkverbot in der Gumpendorfer Straße. Die Magistratsabteilung 46 hat deshalb Flugblätter anfertigen lassen, die die Polizei in den nächsten Tagen jedem parkenden Autofahrer in der Gumpendorfer Straße als freundliche Mahnung hinter den Scheibenwischer klemmen wird. Nach einer kurzen "Schonzeit" wird die Polizei wieder rigoros die Einhaltung des Parkverbotes überwachen. Im Interesse der Aufrechterhaltung des Verkehrs und im Interesse der Wirtschaft kann auf das Parkverbot nicht verzichtet werden. Die Alternative wäre nur ein "Schilderwald".

Hausmusik-Nachmittag bei Bürgermeister Marek
 =====

Konservatoristen spielen. für Industrielle und Bankdirektoren

28. November (RK) Seit 1950 werden alljährlich im November in den Repräsentationsräumen des Wiener Rathauses Hausmusik-Nachmittage beim Wiener Bürgermeister abgehalten. Diese Veranstaltung, die bereits zur liebenswerten Tradition geworden ist, wird deshalb stets im November abgehalten, weil auf den 19. dieses Monats der Todestag von Franz Schubert fällt und dieser wohl "wienerischste" Komponist nicht nur durch die Art seiner Kompositionen, sondern auch durch die von ihm veranstalteten "Schubertiaden" gleichsam Vorbild für das Musizieren im häuslichen Kreis, für die leider schon fast vergessene gepflegte Hausmusik ist.

Auch heuer findet wieder ein solcher Hausmusik-Nachmittag im Rathaus statt, und zwar übermorgen, Mittwoch, den 30. November, um 16 Uhr. Bürgermeister Bruno Marek hat diesmal Persönlichkeiten aus Industrie und Wirtschaft, nämlich prominente Mitglieder der Vereinigung Österreichischer Industrieller und die Generaldirektoren der großen Wiener Banken, zu dieser Veranstaltung eingeladen.

Das Programm mit Musik von Ludwig van Betthoven, Johannes Brahms, Franz Schubert, Hugo Wolf, Richard Strauß und Marin Marais wird von Professoren des Konservatoriums der Stadt Wien - Kammer-sängerin Hilde Zadek, (Sopran), Kapellmeister Professor Karl Hudez, (Klavier) und Dominique Weber (Bariton) - und von Schülern der letzten Ausbildungsklassen des Konservatoriums bestritten.

- - -

80. Geburtstag von Viktor Graef
 =====

28. November (RK) Am 30. November vollendet der Gesangspädagoge und Pianist Professor Viktor Graef das 80. Lebensjahr. Er wurde in Wien geboren, wo er sein Studium absolvierte und sich entschloß, Sängererzieher zu werden. 1921 erfolgte seine Berufung an die Musikakademie, an der er seither die jungen Gesangseleven im Solo- und Ensemblegesang in hervorragender Weise ausbildete. Die Zeit seiner verdienstvollen erzieherischen Tätigkeit an diesem Institut ist eng verbunden mit dem ständigen Wirken, dem er sich als Klavierbegleiter namhafter Sänger in öffentlichen Konzerten widmete. Professor Graef ist Träger der Ehrenmedaille der Stadt Wien.

- - -

Subvention für die "Musikalische Jugend" Wiens

=====

28. November (RK) Der Kulturausschuß des Wiener Gemeinderates hat der "Musikalischen Jugend Österreichs", Landesgruppe Wien, zur weiteren Erfüllung ihrer kulturellen Aufgaben einen Förderungsbeitrag in der Höhe von 100.000 Schilling gewährt. Die Musikalische Jugend veranstaltet in Wien schon seit dem Jahre 1948 Konzerte für junge Menschen zwischen 18 und 26 Jahren. Sie erfaßt damit jene Jahrgänge, die weder im Rahmen der Konzerte des Kulturamtes für Schulklassen, noch durch das "Theater der Jugend" betreut werden. Der Mitgliederstand der Musikalischen Jugend Wien ist von 1.800 im Jahre 1948 auf 28.000 im Jahre 1966 gestiegen. Darum sieht sich die Musikalische Jugend veranlaßt, neben den Konzerten der Gesellschaft der Musikfreunde und der Wiener Konzerthausgesellschaft immer mehr Konzerte mit eigenen Ensembles und eigenem Programm anzusetzen. Diese Konzerte verursachen naturgemäß ein rapides Ansteigen der Eigenkosten. Die Stadt Wien ermöglicht der Organisation durch ihre Subventionen die Durchführung ihrer musikalischen Veranstaltungsreihen.

- - -

Tramway-Werbebus unterwegs

=====

Das rollende Personalbüro der Verkehrsbetriebe auf Wintertour

28. November (RK) Heute früh wurde der Werbebus der Wiener Verkehrsbetriebe, mit dem das unter Personalmangel besonders stark leidende Unternehmen nach Arbeitskräften "fahndet", im Arkadenhof des Wiener Rathauses von den Stadträten Dr. Maria Schaumayer und Rudolf Sigmund, letzterer in Vertretung von Personalstadtrat Bock, verabschiedet.

Im Beisein der Direktion der Verkehrsbetriebe und der Personalvertretungen wurde der Bus besichtigt. Er bietet auch heuer wieder neben zahlreichen informativen Bildern aus dem Arbeitsalltag der Schaffnerinnen und Schaffner, der Straßenbahnfahrer und Autobuslenker zahlreiches Informationsmaterial über die Arbeitsbedingungen bei Straßenbahn und Autobus. Unterstützt wird das Werbeteam, das aus drei Männern und einer Frau besteht, durch eine Tonbandanlage, die über Außenlautsprecher mit Musik und entsprechenden Mitteilungen direkt die Wiener Bevölkerung anspricht.

Heute wird der Werbebus in Floridsdorf und in der Brigittenau seine Tätigkeit aufnehmen. Für die nächsten Tage sind jeweils fünf Aufstellungsplätze vorgesehen, die im Laufe des vorweihnachtlichen Einsatzes (vom 28. November bis 18. Dezember) sämtliche Bezirke Wiens erfassen werden. Gleichzeitig mit dieser neuen Aktion der Wiener Verkehrsbetriebe wird auch ein Kurzfilm über die Arbeit des Personals bei Straßenbahn und Autobus in den Wiener Kinos gezeigt. Dieser Fünfminuten-Streifen wird auch im Fernsehen und über die örtlichen Arbeitsämter zum Einsatz gelangen.

- - -

Sitzung des Kollegiums des Wiener Stadtschulrates
=====Stellungnahme zu einigen wichtigen Schul- und Jugendgesetznovellen

28. November (RK) Unter Vorsitz des Amtsführenden Präsidenten des Wiener Stadtschulrates, Dr. Max Neugebauer, trat heute vormittag im Gemeinderatssitzungssaal das Kollegium des Stadtschulrates für Wien zu einer Plenarsitzung zusammen.

Zunächst gab Stadtschulratspräsident Dr. Neugebauer einen Bericht über die bisherigen Erfahrungen mit dem neunten Schuljahr und der Pädagogischen Akademie.

Die Polytechnischen Lehrgänge konnten in Wien klaglos beginnen. Die Stadt Wien hat dafür zehn Schulhäuser, die speziell adaptiert wurden, zur Verfügung gestellt. Schwierigkeiten durch lange Anmarschwege gibt es nur im 21. und 22. Bezirk. In Floridsdorf war das Schulgebäude in der Ferstlgasse für das neunte Schuljahr vorgesehen, konnte aber noch nicht geräumt werden, weil das Ersatzschulhaus für die darin untergebrachte

Volksschule, das in der Prießnitzgasse errichtet werden soll, noch nicht geschaffen werden konnte. Bekanntlich kam dort noch keine Einigung mit den Besitzern des Grundstückes zustande. Für die Schüler des Polytechnischen Lehrganges in der Donau-stadt wurde ein Schulneubau in der Wagramer Straße bereits begonnen.

Polytechnische Klassen werden auch an acht Wiener Sonderschulen geführt. Insgesamt werden 3.000 Schüler, und zwar 1.868 Knaben und 1.132 Mädchen im Rahmen des neunten Pflichtschuljahres unterrichtet. Die durchschnittliche Schülerzahl der einzelnen Klassen liegt bei 30,6, was als pädagogisch sehr befriedigend zu bezeichnen ist. Auch das Problem der Lehrkräfte, unter denen es solche mit voller und solche mit teilweiser Lehrverpflichtung gibt, konnte gelöst werden. Gegenwärtig befassen sich mehrere Arbeitsgemeinschaften mit der Erstellung von Lehrbüchern und anderen Lehrbehelfen für das neunte Schuljahr. Eine Reihe von Lehrbüchern und sehr gute Lehrstoff-Verteilungspläne konnten bereits zur Verfügung gestellt werden.

Wien hat wohl vorbereitet mit dem 9. Schuljahr begonnen, und zwar sowohl was die Schulräume, als auch was die Lehrpersonen-Frage betrifft.

In seinem Bericht über die Eröffnung der ersten Pädagogischen Akademie des Bundes in Wien gab Stadtschulratspräsident Direktor Neugebauer seiner Hoffnung Ausdruck, daß der für dieses neue Lehrerbildungsinstitut geplante Neubau in der Ettenreichgasse bald begonnen werden möge. Die Anstalt ist derzeit noch im Pädagogischen Institut der Stadt Wien untergebracht. Schon im kommenden Jahr werden aber die Räumlichkeiten nicht mehr ausreichen und es wurde daher an das Unterrichtsministerium das Ersuchen gestellt, der Pädagogischen Akademie einen Teil der Räume des Realgymnasiums in der Neustiftgasse zur Verfügung zu stellen.

Nach dem Bericht des Stadtschulratspräsidenten beschäftigte sich das Kollegium mit einigen wichtigen Gesetzesnovellen, die das Schulwesen beziehungsweise den Jugendschutz betreffen.

Zunächst referierte Obermagistratsrat Dr. Wilhelm Schink einen Entwurf zu einer Änderung des Wiener Pflichtschulorganisationsgesetzes, die durch eine Novelle des Schulorganisationsgesetzes des Bundes notwendig geworden ist. Ursprünglich sah das Schulorganisationsgesetz nämlich vor, daß die Schüler des neunten Schuljahres nicht nur nach Geschlecht und Vorbildung gesondert unterrichtet werden, sondern auch je nachdem, ob sie bereits eine Berufswahl getroffen haben oder nicht. Da eine solche Differenzierung vor allem in den Bundesländern zu großen Komplikationen geführt hätte, will man allgemein davon abgehen und hat diese Änderung in einer Novelle formuliert, die dem Wiener Landtag zur endgültigen Beschlußfassung vorgelegt wird.

In der Debatte über diesen Tagesordnungspunkt gab Verwaltungsoberkommissär Alfred Valentin namens des Bundesverbandes der Elternvereine an den öffentlichen Pflichtschulen seiner Befriedigung darüber Ausdruck, daß man diese allzu weit gehende Differenzierung der polytechnischen Lehrgänge aufgeben will.

Ferner soll das Wiener Schulaufsichts-Ausführungsgesetz dahin abgeändert werden, daß die bisher fehlenden Bestimmungen über eine Vertretung des Amtsführenden Präsidenten als Vorsitzenden des Kollegiums, der Sektionen und Untersektionen für den Fall seiner Verhinderung nachgetragen werden.

In der Debatte über diesen Punkt erläuterte Landtagspräsident Dr. Wilhelm Stemmer eingehend die vielen Schwierigkeiten, die sich in der Praxis aus dem Fehlen einer gesetzlich geregelten Vertretungsmöglichkeit ergeben. Er beleuchtete die juristischen Konsequenzen der geplanten Neuregelung und regte auch an, den Ausdruck "Plenarsitzung" des Stadtschulratskollegiums im Gesetz zu verankern. Eine weitere Anregung betraf die Modalitäten der Neubestellung des Kollegiums.

Auch Vizepräsident Gemeinderat Markus Bittner begrüßte die vorgesehene Neuregelung und erinnerte daran, daß sie in Salzburg bereits eingeführt worden ist.

Als Sprecher der FPÖ-Fraktion schlug Prof. Dr. Wolfram vor, im Falle der Verhinderung des Amtsführenden Präsidenten den Vizepräsidenten des Stadtschulrates mit seiner Vertretung zu betrauen, wurde aber von Landtagspräsident Dr. Stemmer dahingehend belehrt, daß dies aus juristischen Gründen nicht möglich sei.

In der darauffolgenden Abstimmung wurde den Novellen mit den Stimmen der SPÖ, ÖVP- und KLS-Fraktion zugestimmt.

Wiens Schulpflichtige werden "elektronisch" erfaßt

Landesschulinspektor Dr. Hermann Schnell sprach über die geplante Schaffung einer zentral geführten Schulmatrik. Dieses Verzeichnis aller schulpflichtigen Kinder, das laut Gesetz von jeder Gemeinde geführt werden muß, wird gegenwärtig in 16 regionalen Inspektionsbezirken gesondert geführt. Das neunte Schuljahr und der immer häufiger werdende Besuch einer Schule außerhalb des Wohnbezirkes führt jedoch zu einer solchen Komplizierung, daß mit dem zur Verfügung stehenden Personal nicht mehr das Auslangen gefunden werden kann. Aus Rationalisierungsgründen soll diese Matrik nun mit Hilfe von Lochkarten zentral geführt werden, wofür die Elektronenanlage im Wiener Rathaus zur Verfügung stünde. Ab 1967 wird es eigene Beiblätter zu den Haushaltsbogen geben, auf

denen auch die Kinder im vorschulpflichtigen Alter einzutragen sind. Davon versprechen sich die Schulbehörden einen genauen Überblick über die Schülerzahlen künftiger Jahre, was eine exakte Schulraumplanung auf lange Sicht ermöglicht.

In der Debatte begrüßte Bezirksschulinspektor Jonasch diese Regelung und betonte, daß man damit mindestens 16 Beamte ersparen könne. Außerdem ermögliche das in Aussicht genommene System eine exakte Überwachung der Einhaltung der Schulpflicht. Die entsprechenden Vorlagen wurden einstimmig gebilligt.

Obermagistratsrat Dr. Walter Prohaska referierte einen Entwurf eines Landesgesetzes, betreffend die Änderung des Wiener Jugendschutzgesetzes. Man wil den Begriff der "Aufsichtsperson" genau definieren, eine Ausweisungspflicht für Kinder und Jugendliche bei Besuch einer Veranstaltung mit Jugendverbot gesetzlich verankern und die Bestimmungen über den Aufenthalt von Kindern und Jugendlichen in Gaststätten denen in den anderen Bundesländern angleichen. Neu eingeführt werden Bestimmungen, die nicht nur unzüchtige, sondern auch verrohende Schriften, Abbildungen oder Gegenstände verbieten und Kindern und Jugendlichen das Autostoppen verbietet. Dieser in der Novelle vorgesehene Paragraph verbietet auch den Kraftfahrern, Kinder und Jugendliche zum Mitfahren einzuladen oder sie mitzunehmen, ausgenommen in Notfällen oder wenn das Kind oder der Jugendliche mit einem Insassen des Fahrzeuges näher bekannt ist.

In der Debatte sprach Prof. Dr. Wolfram über die Zunahme des Alkoholismus der Jugendlichen und trat für eine Beibehaltung der bisherigen Regelung über den Gaststättenbesuch von Kindern und Jugendlichen ein.

Präsident Dr. Neugebauer teilte hiezu mit, daß die Errichtung eines neuen Referates im Stadtschulrat geplant sei, das sich ausschließlich mit der Erziehung und Aufklärung gegen den Alkoholmißbrauch befassen soll.

Dipl.-Ing. Ernst Gehmacher begrüßte die Gesetzesänderungen vom soziologischen Standpunkt aus: Eine Differenzierung zwischen Kindern und Jugendlichen sei ebenso wünschenswert, wie eine Angleichung der Wiener Bestimmungen an die der benachbarten Bundesländer. Auch Dr. Karl Vogler sprach sich für die Novelle aus.

Ressortleiter Karl Damisch beleuchtete an Hand konkreter Untersuchungsergebnisse die materielle Situation von Kindern und Jugendlichen: Der Jugendliche verfüge heute über mehr Geld, als jemals zuvor. Im EWG und EFTA-Raum gibt es insgesamt 63 Millionen Kinder, um die sich eigene Industrien bemühen. In Deutschland gibt es beispielsweise 40 Illustrierte für Jugendliche, die monatlich 17 Millionen Seiten produzieren, von den 50 Prozent der Werbung dienen, der Werbung, die sich an die Jugendlichen wendet!

In Wien wurden kürzlich 524 Burschen und Mädchen einem Test unterzogen, bei dem sie unter anderem in zehn Minuten alle Werbeslogans aufschreiben sollte, die ihnen einfielen, Bis zu 32 solcher Werbeslogans wurden in der verfügbaren Zeit produziert. 45 Prozent der Slogans stammten aus der Alkoholverbung, 20 Prozent aus der Reklame für Kosmetika.

Alle diese Tatsachen lassen eine verstärkte Aufklärungs- und Erziehungsarbeit unter den Jugendlichen, auch in wirtschaftlicher Hinsicht, immer wichtiger erscheinen. Die geplante Novellierung sei zu begrüßen, weil sie klare Verhältnisse schaffe und in der Alkoholfrage keine Aufweichungen des Standpunktes bringe.

Auch die Debattenredner Kurt Zahradnik, Dr. Wolfgang Speiser und Dr. Heinz Zaslowski nahmen positiv zu der Gesetzesnovelle Stellung, die schließlich mit den Stimmen der SPÖ, ÖVP und KLS-Fraktion vom Stadtschulratskollegium gebilligt wurde. Zur Gesetzesverdrung bedürfen die Novellen selbstverständlich eines entsprechenden Beschlusses des Wiener Landtages, dem sie in Kürze vorgelegt werden.

Zwei weitere Abänderungsanträge, betreffend die Wahlordnung für die Qualifikationskommissionen und Disziplinarkommissionen der Lehrerschaft fanden ebenfalls die Billigung des Stadtschulratskollegiums.

- - -

Preisgünstige Gemüse- und Obstsorten

=====

28. November (RK) Das Marktamt der Stadt Wien teilt mit: Heute waren auf den Wiener Märkten folgende Gemüse- und Obstsorten besonders preisgünstig:

Gemüse: Karotten 3 bis 4 S, Kohl 3 bis 4 S, Weißkraut 2 bis 3 S je Kilogramm.

Obst: Äpfel 6 bis 8 S, Bananen 8 bis 10 S, Orangen 6.50 bis 8 S je Kilogramm.

- - -

Rinderhauptmarkt vom 28. November

=====

28. November (RK) Unverkauft von der Vorwoche: 0. Neuzufuhren Inland: 40 Ochsen, 305 Stiere, 799 Kühe, 151 Kalbinnen, Summe 1.295. Gesamtauftrieb dasselbe. Verkauft wurde alles.

Preise: Ochsen 13 bis 16.90 S, extrem 17.20 S, 1 Stück; Stiere 13.50 bis 16.30 S, extrem 16.50 bis 16.60 S, 6 Stück; Kühe 9.50 bis 12.80 S, extrem 13 bis 14 S, 12 Stück; Kalbinnen 12.70 bis 15.80 S, extrem 16 bis 16.80 S, 13 Stück; Beinlvieh Kühe 6.50 bis 9.40 S, Ochsen und Kalbinnen 10 bis 12.70 S.

Der Durchschnittspreis ermäßigte sich bei Ochsen um 8 Groschen, bei Stieren um 14 Groschen, bei Kühen um 40 Groschen, bei Kalbinnen um 30 Groschen je Kilogramm. Die Durchschnittspreise einschließlich Beinlvieh betragen für: Ochsen 14.91 S, Stiere 15.08 S, Kühe 10.61 S, Kalbinnen 14.25 S; Beinlvieh verbilligte sich bis zu 50 Groschen je Kilogramm.

- - -

Rathaus - Korrespondenz

HERAUSGEGEBEN VOM MAGISTRAT DER STADT WIEN, MAGISTRATSDIREKTION - PRESSESTELLE

1, RATHAUS, 1. STOCK, TÜR 309b, 1082 WIEN - TELEPHON: 42 801, KLAPPEN 2232, 2233, 2236

FÜR DEN INHALT VERANTWORTLICH: WILHELM ADAMETZ

Dienstag, 29. November 1966

Blatt 3543

Preisverteilung im Wettbewerb "Wien im Blumenschmuck 1966"

=====

29. November (RK) Kommenden Montag, den 5. Dezember, wird Bürgermeister Bruno Marek um 17.30 Uhr im Festsaal des Wiener Rathauses die Preisträger des diesjährigen Wettbewerbs "Wien im Blumenschmuck" verkünden. Zu diesem Anlaß werden der Bürgermeister, der Präsident der Österreichischen Gartenbau-gesellschaft, Landwirtschaftsminister Dipl.-Ing. Dr. Karl Schleinzer, und der Vizepräsident dieser Gesellschaft, Stadtrat Kurt Heller, sprechen. Bürgermeister Marek wird die Preisverteilung vornehmen. Verliehen werden die Goldene, die Silberne und die Bronzene Rose, 10 Ehrenplaketten in Gold, 15 Ehrenplaketten in Silber, 22 Ehrenplaketten in Bronze und 8 Ehrenpreise der Wiener Landwirtschaftskammer.

Geehrte Redaktion!

Sie sind herzlich eingeladen, Berichterstatter und Foto-reporter zu dieser Preisverteilung zu entsenden. Zugang: 1, Lichtentfelsgasse 2, Feststiegen I und II.

- - -

Empfang im Rathaus

=====

28. November (RK) Die XIV. Internationale ORTHO-Konferenz, der Zusammenschluß jener Wissenschaftler, die sich mit dem Pflanzenschutz beschäftigen, tagte dieser Tage in Wien. Gestern abend gab die Stadt Wien für die Delegierten der Konferenz in den Wappensälen des Rathauses einen Empfang. Stadtrat Sigmund begrüßte im Beisein von Stadtrat Dr. Prutscher die Gäste und hieß sie im Namen des Bürgermeisters herzlich willkommen.

- - -

Geehrte Redaktion!

=====

Wir erinnern daran, daß morgen, Mittwoch, den 30. November, um 15.30 Uhr, eine Presseführung durch die diesjährige Verkaufsausstellung des Kulturamtes "Das gute Bild für jeden" in der Secession stattfindet. Um 17 Uhr wird Kulturstadtrat Gertrude Sandner die Ausstellung eröffnen.

Ferner erinnern wir daran, daß gleichfalls morgen, Mittwoch, um 16 Uhr, in den Repräsentationsräumen des Wiener Rathauses der traditionelle Hausmusik-Nachmittag beim Wiener Bürgermeister abgehalten wird. Bürgermeister Bruno Marek hat diesmal als Zuhörer des vom Konservatorium der Stadt Wien bestrittenen Hausmusik-Konzerts Persönlichkeiten aus Industrie und Wirtschaft eingeladen.

- - -

Ausstellung im Studentenheim
=====

28. November (RK) Im Internationalen Studentenheim der Stadt Wien, Wien 19, Vegagasse 20, wurde die erste Ausstellung österreichischer Grafik und Druckgrafik der Gegenwart in Zusammenarbeit mit der Galerie auf der Stubenbastei eingerichtet. Die Eröffnung der im Parterre untergebrachten Exposition findet am 29. November, um 17 Uhr, statt. Anschließend Diskussion mit den anwesenden Künstlern.

Die Schau bleibt bis 18. Dezember geöffnet. Sie ist nicht nur den Bewohnern des Studentenheimes, sondern auch allen Interessenten gegen Anmeldung in der Rezeption bei freiem Eintritt zugänglich. Insgesamt sind 16 zeitgenössische Künstler mit ihren Werken vertreten.

- - -

August Schaeffer zum Gedenken
=====

28. November (RK) Auf den heutigen Tag fällt der 50. Todestag des Malers, Grafikers und Galeriedirektors August Schaeffer.

Er wurde am 30. April 1833 in Wien geboren und studierte bei dem Landschaftsmaler Franz Steinfeld an der Akademie. Dort arbeitete er auch an der Bibliothek und seit 1874 an der Galerie. 1892 erfolgte seine Bestellung zum Direktor der kaiserlichen Gemäldegalerie. 1910 wurde er als Edler von Wienerwald geadelt. August Schaeffer, der vor allem Bilder mit Ansichten aus der Umgebung Wiens und des Salzkammerguts schuf, gehört zu den bedeutendsten Wiener Landschaftsmalern des ausgehenden 19. Jahrhunderts. Das Künstlerhaus, dessen Ehrenmitglied er war, veranstaltete 1917 eine Nachlaßausstellung.

- - -

Die besten Plakate des dritten Vierteljahres
=====

28. November (RK) Die Jury des Kulturamtes hat die Wiener Plakate des dritten Vierteljahres 1966 überprüft und hiebei acht hervorragende Leistungen ausgezeichnet.

Es handelt sich um folgende Plakate: "STEFFL" (4 Bogen Hochformat), Entwerfer: Kurt Czerney, Wien, Drucker: F. Adametz, Wien; "Kodak-Farbfilm" (12 Bogen breit), Entwerfer: Peter Pleyel, Wien Drucker: Piller-Druck, Wien;

"30.7. - 7.8. Messe Dornbirn 1966" (2 Bogen Hochformat), Entwerfer: Rudolf Tronje Hagen, Vorarlberg, Drucker: Vorarlberger Graphische Anstalt;

"Künstlerische Volkshochschule Wiener Kunstschule" (1 Bogen Hochformat), Entwerfer: Professor Hans Fabigan, Wien, Drucker: Waldheim-Eberle, Wien;

"Selection 66" (2 Bogen Hochformat), Entwerfer: Tino Erben, Wien, Drucker: Tusch-Druck, Wien;

"Kein Sitzplatz frei?...Fox Medana Schuhe tragen" (Tramway-pickerl), Entwerfer: Alfred Proksch, Wien, Drucker: Druckerei Schreier & Braune, Wien;

"Der heimische Kunststoffbelag FUNDOPAL - Der i-Punkt im Möbelbau" (Tramway-pickerl), Entwerfer: Walter Hauch, Wien, Drucker: Piller-Druck, Wien.

Innerhalb dieser Wertung wurde von der Jury zum besten Plakat des dritten Vierteljahres die Werbegraphik "Selection 66" ausgewählt. Alle acht Werbegraphiken werden durch Diplome für Entwerfer, Drucker und Auftraggeber gewürdigt und auf eigenen Plakatflächen ausgestellt. "Selection 66" erhält außerdem einen Geldpreis der Gewista.

- - -

Haydn- und Mozart-Konzert der Volkshochschule Favoriten
=====

29. November (RK) Am Montag, dem 5. Dezember, um 19.30 Uhr, findet in der Volkshochschule Favoriten, Arthaberplatz 18, ein Konzert statt, bei dem Werke von Haydn und Mozart zur Aufführung gelangen. Ausführende sind diesmal Clara Reganzini-Guttmann (Klavier), Gerlinde More, Sopran, und Peter Drahosch, Tenor. Robert Schollum spricht einleitende Worte und übernimmt die Klavierbegleitung der Gesangssolisten.

Mit dieser Veranstaltung setzt das Kulturamt der Stadt Wien gemeinsam mit der Wiener Volksbildung jene Konzertreihe fort, die vor Jahren in den Wiener Bezirken begonnen wurde. Seither haben sich diese Darbietungen einen Interessentenkreis geschaffen, der sonst kaum vom musikalischen Geschehen in Wien erfaßt worden wäre.

- - -

Stärkerer Straßenbahn- und Autobusverkehr für Weihnachtseinkäufer
=====

+ 29. November (RK) Die Wiener Verkehrsbetriebe teilen mit, daß ab sofort an allen Samstagen bis einschließlich 17. Dezember ein verstärkter Weihnachtsverkehr durch die Hauptverkehrsstraßen Wiens geführt wird. Besonders nach Mariahilf werden die Intervalle der Straßenbahn- und Autobuslinien verkürzt. An den Haupteinkaufstagen der Vorweihnachtszeit, vornehmlich an den Samstagen, soll damit eine günstigere Verkehrssituation geschaffen werden.

- - -

Theaterabonnement für 15.000 Wiener Jugendliche
=====

29. November (RK) Der Kulturausschuß des Wiener Gemeinderates hat der Durchführung des Jugendabonnements 1966/67 die Zustimmung erteilt und einen Kostenbeitrag von 1,6 Millionen Schilling dafür genehmigt. Dieses Jugendabonnement der Stadt Wien wird wie in den Vorjahren insgesamt 15.000 jugendlichen Teilnehmern im Alter von 14 bis 25 Jahren die Möglichkeit geben, je eine Aufführung im Burgtheater, in der Volksoper, im Theater in der Josefstadt, in einer Wiener Kleinbühne, zwei Aufführungen im Volkstheater und drei Aufführungen im Theater an der Wien zu besuchen. Die Darbietungen im Theater an der Wien sind zwei Eigenproduktionen des Theaters der Jugend.

Ferner werden den Jugendlichen ein Orchesterkonzert im Rahmen des Anton Dvorak-Zyklus der Wiener Symphoniker sowie eine Eisrevuevorstellung in der Wiener Stadthalle und ein Vortrag im Wiener Planetarium geboten. Im Abonnementheft befinden sich außerdem Gutscheine für eine 50prozentige Platzermäßigung bei den vorgesehenen Gastspielen der Opernhäuser Prag, Budapest und Zagreb im Rahmen der Wiener Festwochen 1967. Weiters gibt es Gutscheine für 50prozentige Platzermäßigung anlässlich verschiedener Vorstellungen in Wiener Kleinbühnen, für den kostenlosen Besuch einer Ausstellung des Kulturantikes der Stadt Wien während der Festwochen 1967 sowie Zahlungsbegünstigungen für die Wiener Städtischen Büchereien, die Wiener Volkshochschulen und der Schule für gutes Benehmen.

Die Preise für das Jugendabonnement der Stadt Wien in dieser Saison sind je nach der Sitzkategorie von 80 bis 250 Schilling gestaffelt. Mit der Durchführung des Jugendabonnements ist das Theater der Jugend in Zusammenarbeit mit den Wiener Mittel- und Berufsschulen, den Wiener Jugendverbänden und Volkshochschulen beauftragt.

Ausstellung zum "Tag der Briefmarke 1966"
=====Unter dem Ehrenschutz von Bürgermeister Bruno Marek

29. November (RK) Der Bundesverband Österreichischer Briefmarkensammlervereine und die Österreichische Staatsdruckerei veranstalten zum "Tag der Briefmarke 1966" in den Schauräumen der Österreichischen Staatsdruckerei - Wiener Zeitung, 1, Wollzeile 27 a, eine große Briefmarken-Ausstellung, die unter dem Ehrenschutz von Bürgermeister Bruno Marek steht. Die Eröffnung dieser Schau findet übermorgen, Donnerstag, den 1. Dezember, um 11 Uhr statt.

- - -

Personalmeldungen
=====

29. November (RK) Auf Antrag von Stadtrat Rudolf Sigmund hat heute der Wiener Stadtsenat den Stadtbaurat Dipl.-Ing. Johann Helscher zum Oberstadtbaurat und die Amtsräte Leopold Marschalek und Josef Reinhardt zu Oberamtsräten befördert. Der ärztliche Institutsvorstand Dr. Ingeborg Müller und der ärztliche Abteilungsvorstand Dr. Raoul Schindler wurden in die Dienstklasse VII befördert.

- - -

Preisgünstige Gemüse- und Obstsorten
=====

29. November (RK) Das Marktamt der Stadt Wien teilt mit: Heute waren auf den Wiener Märkten folgende Gemüse- und Obstsorten besonders preisgünstig:

Gemüse: Karotten 2.50 bis 3 S, Weißkraut 2 bis 2.50 S je Kilogramm, Endiviensalat 2.60 bis 3 S je Stück.

Obst: Äpfel 6 bis 8 S, Birnen 5 bis 7 S, Orangen 5 bis 8 S je Kilogramm.

- - -

Proteststreik der Wiener Verkehrsbetriebe

=====

29. November (RK) Heute zwischen 11 und 11.10 Uhr traten 1.500 Bedienstete der Wiener Verkehrsbetriebe in einen spontanen Proteststreik wegen der gestrigen Einreise Otto Habsburgs nach Österreich. Von dem Streik waren sämtliche Straßenbahn-, Autobus- und Stadtbahnlinien betroffen, allerdings nur auf die Dauer von zehn Minuten. In der Hauptwerkstätte und in der Signalwerkstätte traten die Arbeiter und Angestellten in der Zeit von 7.30 bis 9 Uhr ebenfalls in einen Proteststreik.

- - -

Schneebericht

=====

29. November (RK) In der Nacht von gestern auf heute waren 40 Mitarbeiter der städtischen Straßenreinigung und 114 aufgenommene Schneearbeiter mit der Fortsetzung der Schneeabfuhrarbeiten und mit der Bestreuung von Gehwegen wegen der Glatteisgefahr beschäftigt. 14 Sandstreuautos und zwölf Lastwagen für die Schneeabfuhr standen der Nachtpartie zur Verfügung.

Heute früh herrschte bei einer Temperatur von minus einem Grad klares, windiges Wetter. Die Straßenreinigung will sich heute besonders auf die Abfuhr von verkehrsbehindernden Schneehaufen konzentrieren. Es stehen ihr dafür 728 Bedienstete aus eigenem Personal und 539 aufgenommene Schneearbeiter zur Verfügung. An Fuhrwerken werden heute 62 Streufahrzeuge, 50 Lastkraftwagen für die Schneeabfuhr, 22 Lademaschinen und drei Schneepflüge eingesetzt. Die 62 Streufahrzeuge sollen nach Beendigung der Sandstreuung ebenfalls für die Schneeabfuhr verwendet werden.

- - -

Schweinehauptmarkt vom 29. November
 =====

29. November (RK) Unverkauft vom Vormarkt: 0. Neuzufuhren: Inland 3.130, Polen 300, Jugoslawien 256, Bulgarien 1.815, Ungarn 2.992, DDR 1.501, Gesamtauftrieb 9.994. Verkauft wurde alles. Industrieware: DDR 280, Polen 449, Ungarn 629.

Preise: extrem 18.30 bis 18.50 S (19 S), 1. Qualität 18 bis 18.20 S, 2. Qualität 17.50 bis 17.80 S, 3. Qualität (16 S), 16.80 bis 17.50 S, Zuchten 13 bis 15.50 S, Altschneider 11 bis 12 S.

Ausländische Schweine: Polen 15.40 und 16.50 S, Jugoslawien 15.70 bis 16.70 S, Bulgarien 15.10 bis 16.50 S, Ungarn 16.20 bis 16.50 S, DDR 15.40 bis 16.50 S.

Der Durchschnittspreis für inländische Schweine erhöhte sich um 19 Groschen auf 17.42 S, für bulgarische Schweine erhöhte er sich um 2 Groschen auf 15.84 S, für DDR-Schweine ermäßigte er sich um 11 Groschen auf 16.12 S, für jugoslawische Schweine ermäßigte er sich um 3 Groschen auf 16.37 S, für ungarische Schweine erhöhte er sich um einen Groschen auf 16.46 S, für polnische Schweine beträgt er 16.26 S. Der Gesamtdurchschnittspreis für ausländische Schweine ermäßigte sich um 4 Groschen auf 16.21 S.

- - -

Pferdehauptmarkt vom 29. November
 =====

29. November (RK) Aufgetrieben wurden 67 Stück, hievon 9 Fohlen. Als Schlachttiere wurden 59 Stück verkauft, unverkauft blieben 8 Stück.

Herkunft der Tiere: Oberösterreich 2, Niederösterreich 39, Burgenland 16, Steiermark 10.

Preise: Schlachttiere Fohlen (12.20 S) 14 bis 15 S, Pferde extrem 10 bis 10.80 S, 1. Qualität 9 bis 9.80 S, 2. Qualität 8 bis 8.80 S, 3. Qualität 6 bis 7.70 S.

Der Durchschnittspreis für inländische Schlachtpferde erhöhte sich um 48 Groschen je Kilogramm. Der Durchschnittspreis für Schlachtpferde beträgt 9.21 S, für Schlachtfohlen 14.11 S, für Pferde und Fohlen 9.96 S.

- - -

Rathaus-Korrespondenz

HERAUSGEGEBEN VOM MAGISTRAT DER STADT WIEN. MAGISTRATSDIREKTION - PRESSESTELLE

1, RATHAUS, 1. STOCK, TUR 309b, 1082 WIEN - TELEPHON: 42 801, KLAPPEN 2232, 2233, 2236

FÜR DEN INHALT VERANTWORTLICH: WILHELM ADAMETZ

Mittwoch, 30. November 1966

Blatt 3552

Kurz, aber gut:

Autobus-Ausgleichslinien gegen Verstopfungen

=====

30. November (RK) Seit einigen Jahren, jedesmal nach dem Ende der Urlaubszeit, sobald alle Wiener Kraftfahrer wieder zurückgekehrt waren, begannen sich die allgemeinen Verkehrsschwierigkeiten, beginnend etwa von Mitte Oktober, bis Weihnachten zu steigern. Das war und ist auch heuer wieder die Zeit, in der die öffentlichen Verkehrsmittel, besonders aber der Autobus-Linienverkehr, die größten Verspätungen erleidet, und sich die Fahrgäste mit Recht über die Unregelmäßigkeit der Wagenfolgen, über lange Intervalle bzw. Geleitzugbildungen und über dementsprechend sehr ungleiche Besetzungen der Wagen beklagen. Sie machen dafür leider zu Unrecht die Fahrplangestaltung verantwortlich ohne zu bedenken, daß es in Wahrheit die Einflüsse des starken Individualverkehrs sind, unter denen nicht nur die Fahrgäste, sondern auch die Fahrbediensteten und das Verkehrsunternehmen in gleicher Weise zu leiden haben. Es wird Abhilfe gefordert, die aber nicht leicht geschaffen werden kann, weil dort, wo die Straßen verstopft sind, auch die Linienbusse nicht weiter kommen. Auf den anderen Streckenteilen, wo der Verkehr nicht so dicht ist, sehen die Fahrgäste nicht ein, wieso die Autobusse so unpünktlich verkehren.

Um dem zu begegnen, gibt es nur ein Mittel, nämlich nicht alle Autobusse auf der gesamten Linienlänge verkehren zu lassen, sondern einen Teil bereits außerhalb der meistverstopften Gebiete "umzudrehen". Im Falle der Autobuslinie 13 ist es besonders die Neubaugasse, in deren Verlauf es zu den größten Verspätungen kommt.

Um den Fahrgästen eine Verbesserung zu bringen oder wenigstens eine günstigere Fahrmöglichkeit ab Mariahilfer Straße in Richtung Südbahnhof zu bieten, wurde deshalb seit Mitte Oktober von Montag

./.